



19. Feb. 1992

Revokation des Safe-Country-Status von Algerien

Aufgrund des Antrages des EJPD vom **17. Feb. 1992**

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens
 wird

beschlossen:

Gestützt auf Artikel 16 Absatz 2 des Asylgesetzes vom 5. Oktober 1979 (SR 142.31) wird der Safe-Country-Status von Algerien revoziert.

Für getreuen Protokollauszug:

Mehmet Altun

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	x	EDA	8	-
		EDI		
x		EJPD	15	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
	x	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 17. Feb. 1992

An den Bundesrat

Revokation des Safe-Country-Status von Algerien

1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 18. März 1991 bezeichnete der Bundesrat Algerien als verfolgungssicheren Staat im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz. Mit seinem Beschluss trug der Bundesrat dem Umstand Rechnung, dass Algerien aufgrund der offensichtlichen Demokratisierungsbestrebungen, die sich durch die Einführung eines Mehrparteiensystems, die Durchführung von Lokalwahlen, der Gewährleistung der grundlegenden Menschenrechte sowie der Amnestie von politischen Gefangenen und der Auflösung der politischen Polizei manifestierten, zum damaligen Zeitpunkt die Kriterien für die Bezeichnung als Safe Country in umfassender Weise erfüllte.

2. Aenderung der politischen Lage in Algerien

Im Vorfeld der für den 26. Dezember 1991 und 16. Januar 1992 angesetzten Wahlen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern

der Front Islamique du Salut (FIS) und den Ordnungskräften. Von Juni 1991 bis September 1991 herrschte daher in Algerien der Ausnahmezustand. Das ausserordentlich gute Wahlergebnis der FIS, die eine islamisch-fundamentalistische Zielsetzung hat, löste bei den westlich-demokratisch orientierten Kreisen Algeriens eine Krise aus. Nachdem am 12. Januar 1992 der Staatschef Chadli Ben Jedid auf Druck des Militärs zurücktrat, übernahm dieses de facto die Macht. Diese Machtübernahme muss als Staatsstreich bezeichnet werden; auch die seither stattfindende Entwicklung (Auflösung des Parlamentes, Annullierung des zweiten Wahlganges, Einsetzen eines Staatsrates bis Ende 1993) entspricht nicht dem verfassungsmässigen Prozess. Beschränkungen der Versammlungsfreiheit und der politischen Rechte führten seit dem 4. Februar 1992 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der FIS und den Sicherheitskräften. Die Auseinandersetzungen dienten dem militärisch beherrschten Staatsrat als Anlass zur Verhängung des Ausnahmezustandes für mindestens ein Jahr sowie zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens mit dem Ziel, die FIS zu verbieten.

3. Widerruf des Safe-Country-Status von Algerien

Die Unterbrechung des demokratischen Prozesses in Algerien durch den Staatsstreich vom 12. Januar 1992 hat eine Entwicklung eingeleitet, die eine wesentliche Verschlechterung der politischen und der Menschenrechtssituation zur Folge hatte. Da im Gegensatz zur Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni 1991 nach dem Putsch vom 12. Januar 1992 mit einer Wiederherstellung des Demokratisierungs-

prozesses in absehbarer Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann, genügt Algerien im heutigen Zeitpunkt den vom Bundesrat mit Beschluss vom 18. März 1991 verabschiedeten Kriterien für die Bezeichnung als Safe Country nicht mehr.

Gemäss Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz überprüft der Bundesrat periodisch seine Beschlüsse über die Bezeichnung von verfolgungssicheren Staaten. In Anwendung dieser Bestimmung und im Interesse der Glaubwürdigkeit der bundesrätlichen Safe-Country-Politik scheint es geboten, auf die anhaltende Verschlechterung der innenpolitischen Lage in Algerien mit dem Widerruf des Safe-Country-Status zu reagieren.

4. Auswirkungen der Revokation für das Asylverfahren

Bereits mit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni 1991 wurden die Mitarbeiter des Bundesamtes für Flüchtlinge intern angewiesen, von der Anordnung des sofortigen Vollzuges von Nichteintretensentscheiden bei Asylgesuchen von algerischen Staatsangehörigen abzusehen sowie grundsätzlich die Ausnahmebestimmung von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz zur Anwendung zu bringen und die Asylgesuche im ordentlichen Individualverfahren einlässlich zu prüfen. Unter diesen Umständen lassen sich vom asylspezifischen Gesichtspunkt her schon heute keine verfahrensökonomischen Vorteile mehr aus dem Umstand ziehen, dass Algerien den Status des Safe Country besitzt. Für das Asylverfahren ändert daher die formelle Revokation des Safe-Country-Status von Algerien nichts. Einer allfälligen von der Revokation ausgehenden Pull-Wirkung wird durch die prioritäre Be-

handlung der Gesuche entgegengewirkt.

5. Auswirkungen der Revokation im Bereich der Aussenpolitik

Die Beziehungen der Schweiz mit Algerien sind gut. Seit Beginn der Demokratisierungsmassnahmen anfangs 1989 verfolgt die Schweiz die Ereignisse in Algerien äusserst genau, namentlich auch die Bemühungen aller Maghrebstaaten, angesichts der drückenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Rahmen der Union du Maghreb Arabe (UMA) die Zusammenarbeit mit Europa zu suchen. Letztere ist auch im Interesse der europäischen Staaten und mithin der Schweiz. Gemeinhin herrscht die Ueberzeugung vor, dass Staaten wie Algerien und Tunesien mit Wirtschafts- und Entwicklungshilfe am besten geholfen ist.

Angesichts der aktuellen Menschenrechtssituation liegt es allerdings im Interesse einer glaubwürdigen Menschenrechtspolitik der Schweiz, auf die Ereignisse mit dem Widerruf des Safe-Country-Status zu reagieren.

Die Verletzung der menschenrechtlichen Kriterien, die zum beantragten Entscheid führen sollten, sind anderweitigen bilateralen Ueberlegungen in diesem Falle unterzuordnen. Algerien wird diesen Schritt als politisches Zeichen interpretieren. Dies wird die Schweiz nicht daran hindern, mit diesem Land den wirtschaftlichen und politischen Dialog weiterzuführen.

6. Aemterkonsultation

Die konsultierten Amtsstellen (EDA: Politische Abteilung II, Völkerrechtsdirektion, Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik; EJPD: Beschwerdedienst, Bundesamt für Ausländerfragen) stimmen dem Antrag zu.

7. Anträge

Der Bundesrat beschliesst gestützt auf Artikel 16 Absatz 2 des Asylgesetzes vom 5. Oktober 1979 (SR 142.31) die Revokation des Safe-Country-Status von Algerien.

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT

A. Koll

Beilagen: - Entwurf des Beschlussdispositivs
- Länderbericht Algerien
- Chronologie 1. Januar 1992 bis 9. Februar 1992

Zum Mitbericht an: EDA, BK (je 3 Exemplare)

Protokollauszug an: EJPD (15 Exemplare), EDA, BK (je 3 Exemplare)

Revokation des Safe-Country-Status von Algerien

Aufgrund des Antrages des EJPD vom
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens
wird

beschlossen:

Gestützt auf Artikel 16 Absatz 2 des Asylgesetzes vom 5. Oktober
1979 (SR 142.31) wird der Safe-Country-Status von Algerien revo-
ziert.

Für getreuen Protokollauszug:



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

Givisiez, 10. Februar 1992 / Tsi

Die aktuelle Lage in Algerien

Hinweis: In dieser Analyse sind die Ereignisse bis zum 9. Februar 1992 berücksichtigt.

Die seit der Unabhängigkeit Algeriens regierende *Front de Libération Nationale* (FLN) hat seit Februar 1989 einen Reformkurs gesteuert und eine neue Verfassung erarbeitet, die ein Mehrparteiensystem vorsieht. Die ersten Parlamentswahlen seit 1962 hätten am 26. Dezember 1991 und 16. Januar 1992 stattfinden sollen. Schon im Vorfeld der Wahlen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der *Front Islamique du Salut* (FIS) und den Ordnungskräften. Von Juni 1991 bis September 1991 herrschte deshalb in Algerien der Ausnahmezustand. Im ersten Wahlgang vom 26. Dezember 1991 erzielte die FIS das beste Resultat und erhielt bereits 188 der insgesamt 430 Parlamentssitze. Danach kommen die *Front des Forces Socialistes* (FFS) mit 25 Sitzen und die FLN mit 15 Sitzen. Das hauptsächliche Ziel der FIS ist es, einen islamisch-fundamentalistischen Staat nach iranischem Vorbild einzuführen. Das ausserordentlich gute Wahlergebnis der FIS löste deshalb bei westlich-demokratisch orientierten Kreisen in Algerien eine Krise aus.

Am 12. Januar 1992 tritt der Staatschef Chadli Ben Jedid auf Druck des Militärs zurück und hinterlässt einen rechtsfreien Raum, der es dem Militär ermöglicht, de facto die Macht zu übernehmen. Die Entwicklung seither entspricht ebenfalls nicht dem verfassungsmässig vorgeschriebenen Prozess. Der zweite Wahlgang vom 16. Januar 1992 wurde abgesagt und ein fünfköpfiger Hoher Staatsrat, eingesetzt durch den hauptsächlich aus Generälen bestehenden Sicherheitsrat, hat die Funktionen des Staatschefs übernommen. Das Parlament war schon vor dem zweiten Wahlgang aufgelöst worden. Dieser Staatsrat wird bis Ende 1993 tätig sein, in der Verfassung sind jedoch neue Präsidentenwahlen innert 45 Tagen vorgesehen. Die aus dem ersten Wahlgang als stärkste Parteien hervorgegangenen "drei Fronten" FIS, FFS und FLN haben diesen Staatsrat als verfassungswidrig bezeichnet. Bemerkenswert dabei ist, dass auch die ehemals regierende Partei, die FLN, sich von der neuen Kollektivregierung distanziert. Die FIS besteht aber auf jeden Fall auf einen zweiten Wahlgang und beansprucht die Macht in Algerien für sich. Die Machthaber reagierten mit einem Versammlungsverbot in der Nähe der Moscheen und einem Verbot der politischen Betätigung innerhalb der Moscheen.

Die FIS hat zum Widerstand gegen die neuen Machthaber aufgerufen, weshalb bis heute die gesamte Spitze der FIS und einige hundert Anhänger festgenommen wurden. Dieser Machtkampf brach seit dem 4. Februar 1992 vollends in einen gewaltsamen Kampf aus, in verschiedenen Städten Algeriens kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen FIS-Anhängern und den Sicherheitskräften. Der Hohe Staatsrat beschloss deshalb am 9. Februar 1992, den Ausnahmezustand auszurufen. Er soll mindestens ein Jahr gültig sein. Gleichzeitig wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, das über ein Verbot der FIS bestimmen soll.



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

Givisiez, 11.02.92 / Tsi

5311/4.

Algerien / Chronologie 1. Januar 1992 - 9. Februar 1992

- Januar 1992 Aus der Zeit des Ausnahmezustandes von 1991 sind noch über 400 Personen in Untersuchungshaft.
- 02.01.1992 In Algier demonstrieren ca. 100'000 Personen, darunter viele Frauen, für die Rettung Algeriens.
- 04.01.1992 Das Parlament wird aufgelöst.
- 12.01.1992 Der Staatspräsident Chadli Ben Jedid tritt zurück. Der Präsident des Verfassungsrates übernimmt interimistisch das Amt des Staatsoberhauptes, weil das Parlament nicht mehr existiert. (Der Vorsitzende des Parlamentes müsste die Nachfolge des Staatspräsidenten antreten.)
- 13.01.1992 Ein siebenköpfiger Sicherheitsrat übernimmt die Regierungsfunktionen.

In Algier bewachen Panzer und Soldaten sämtliche strategischen Punkte, um befürchtete Ausschreitungen zu verhindern.
- 14.01.1992 Der Sicherheitsrat hat eine kollektive Regierung, den Hohen Staatsrat, eingesetzt. Der Vorsitzende der neuen Regierung ist Mohamed Boudiaf, ein Gründungsmitglied der FLN, der im Exil lebte.
- 19.01.1992 Bei einem Überfall auf einen Polizeiposten in Rounda wird ein Polizist getötet und drei weitere verletzt.
- 20.01.1992 Die Versammlung in der Nähe von Moscheen wird verboten, unabhängig von der Tageszeit. Ebenso ist auch die politische Betätigung in Moscheen verboten.
- 22.01.1992 Der Interimsführer der FIS, Abdelkader Hachani, wird festgenommen, wegen seines Appells an die Armee, die Entscheidung des Volkes zu verteidigen. (Die Führer der FIS, Abassi Madani und Ali Belhadj sind seit Juni 1991 in Gewahrsam.)
- 24.01.1992 Bei den traditionellen Freitagsgebeten werden die Versammlungen um die Moscheen durch die Polizei aufgelöst. Die Polizei gibt an zwei Orten Warnschüsse ab, um die Gläubigen zu zerstreuen.
- 26.01.1992 Die Redaktion von zwei islamischen Zeitungen, El Mounquid und El Forkane, werden geschlossen. Drei weitere FIS Anhänger werden festgenommen.

- 28.01.1992 Ein weiterer FIS-Funktionär, Rabah Kebir, wird festgenommen.
- 29.01.1992 Bei Zusammenstößen zwischen der FIS und der Polizei in Bachdjerah wird ein FIS-Anhänger getötet und sieben verletzt. Die FIS-Anhänger wollten die Festnahme eines Imams verhindern. 27 Personen wurden festgenommen.
- 31.01.1992 Bei den Freitagsgebeten kommt es an verschiedenen Orten in Algier zu Zusammenstößen zwischen Gläubigen und Polizisten, die Versammlungen in der Nähe von Moscheen aufzulösen versuchen.
- Seit dem 12.01.1992 wurden über 30 Imame und eine unbekannte Zahl von regionalen FIS-Führern festgenommen.
- 04.02.1992 In Batna kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und islamischen Fundamentalisten. Dabei werden 13 Menschen getötet und über 60 verletzt.
- 05.02.1992 Ein landesweiter Protestmarsch der FIS gegen den Hohen Staatsrat, der für 14.02.1992 geplant ist, wird verboten.
- 06.02.1992 Die Unruhen in Algier, Batna und Constantine dauern an.
- 07.02.1992 In verschiedenen Städten Algeriens kommt es nach den Freitagsgebeten zu Zusammenstößen zwischen islamischen Fundamentalisten und Ordnungskräften.
- 09.02.1992 Der Hauptsitz der FIS in Algier wird geschlossen, die sich darin befindenden Personen alle festgenommen.
- Der Hohe Staatsrat verhängt den Ausnahmezustand in Algerien für mindestens ein Jahr.
- Ein Gerichtsverfahren, das über ein Verbot der FIS entscheiden soll, wird eingeleitet.



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

Givisiez, le 10 février 1991 / Tsi

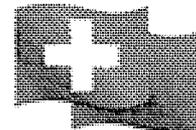
La situation actuelle en Algérie

Remarque: La présente analyse tient compte des événements jusqu'au 9 février 1992.

Au pouvoir depuis l'indépendance de l'Algérie, le *Front de Libération Nationale (FLN)* a introduit, depuis le mois de février 1989, un processus de réforme et élaboré une nouvelle constitution qui prévoit un système pluripartiste. Les premières élections parlementaires depuis 1962 auraient dû avoir lieu le 26 décembre 1991 et le 16 janvier 1992. Or, déjà pendant la campagne électorale, de violents conflits ont éclaté entre les partisans du *Front Islamique du Salut (FIS)* et les forces de l'ordre. C'est pourquoi, de juin 1991 à septembre 1991, l'Algérie a été placée sous l'état d'urgence. Au cours du premier tour de scrutin, le 26 décembre 1991, le FIS a obtenu le meilleur score, assorti d'ores et déjà de 188 des 430 sièges au Parlement. Suivent ensuite le *Front des Forces Socialistes* avec 25 sièges et le FLN avec 15 sièges. L'objectif majeur du FIS est l'instauration d'un Etat islamiste-fundamentaliste sur le modèle iranien. Aussi le résultat exceptionnellement bon du FIS a-t-il déclenché une crise dans les milieux algériens à tendance démocratique et pro occidentale.

Le 12 janvier 1992, le chef de l'Etat, Chadli Ben Jedid, se démet de ses fonctions sous la pression des militaires, en laissant un vide qui permet à l'armée de prendre le pouvoir de facto. Depuis lors, l'évolution ne va pas davantage dans le sens de la constitution. Le deuxième tour de scrutin du 16 janvier 1992 a été annulé et le Conseil de sécurité, composé en majeure partie de généraux, a institué un Haut Comité d'Etat comprenant cinq membres, qui a repris les fonctions du chef de l'Etat. Le Parlement avait déjà été dissout avant le deuxième tour de scrutin. Ce Haut Conseil d'Etat doit fonctionner jusqu'à la fin de 1993, alors que la constitution prévoit de nouvelles élections présidentielles dans les 45 jours. Les trois partis forts à l'issue du premier tour, à savoir le FIS, le FFS et le FLN, ont déclaré ce Haut Conseil d'Etat anticonstitutionnel. Il convient de relever que même l'ancien parti au pouvoir, le FLN, se distance du nouveau gouvernement collectif. Mais le FIS exige que le deuxième tour ait lieu dans tous les cas et revendique pour lui seul le pouvoir en Algérie. Le Haut Conseil d'Etat a réagi en interdisant toute réunion à proximité des mosquées ainsi que toute activité politique à l'intérieur de ces dernières.

Le FIS a appelé à la résistance contre les nouveaux détenteurs du pouvoir, aussi tous les chefs du FIS et quelques centaines de partisans ont-ils été arrêtés jusqu'à présent. A partir du 4 février, ce bras de



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

fer a dégénéré en un violent combat. Ainsi, dans différentes villes d'Algérie, des affrontements brutaux ont opposé partisans du FIS et forces de l'ordre. C'est pourquoi le Haut Conseil d'Etat a décidé, le 9 février 1992, de promulguer l'état d'urgence qui devra être maintenu un an au moins. En même temps, une procédure a été introduite auprès des tribunaux qui devront se prononcer sur une interdiction du FIS.



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

Givisiez, le 11.02.92 / Tsi

Algérie / chronologie du 1er janvier 1992 au 9 février 1992

- Janvier 1992 A la suite de l'état d'urgence en 1991, plus de 400 personnes sont encore en détention provisoire.
- 02.01.1992 Quelque 100 000 personnes dont de nombreuses femmes manifestent à Alger pour le salut de l'Algérie.
- 04.01.1992 Dissolution du Parlement.
- 12.01.1992 Démission du Président Chadli Ben Jedid. Le président du Conseil de la constitution assure par interim la fonction de Chef de l'Etat, parce que le Parlement n'existe plus. (Le président du Parlement devrait succéder au Chef de l'Etat.)
- 13.01.1992 Un Conseil de sécurité fort de sept membres reprend les fonctions gouvernementales.
- Dans Alger, des chars et des soldats surveillent tous les points stratégiques pour éviter des affrontements.
- 14.01.1992 Le Conseil de sécurité a institué un gouvernement collectif, le Haut Conseil d'Etat. Le président du nouveau gouvernement est Mohamed Boudiaf, membre-fondateur du FLN, qui vit en exil.
- 19.01.1992 Lors d'une attaque d'un poste de police à Rounda, un policier est tué et trois autres blessés.
- 20.01.1992 Les attroupements à proximité des mosquées sont interdits à toute heure. De même, l'activité politique est interdite dans les mosquées.
- 22.01.1992 Le chef par interim du FIS, Abdelkader Hachani, est arrêté pour avoir invité l'armée à défendre la décision du peuple. (Les chefs du FIS, Abassi Madani et Ali Belhadj sont détenus depuis juin 1991).
- 24.01.1992 Lors de la traditionnelle prière du vendredi, la police dissout les rassemblements autour des mosquées. La police tire en l'air en deux endroits pour disperser les croyants.



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

- 26.01.1992 Les rédactions de deux journaux islamistes, El Mounquid et El Forkane, sont fermées. Arrestation de trois autres partisans du FIS.
- 28.01.1992 Arrestation d'un autre fonctionnaire du FIS, Rahab Kebir.
- 29.01.1992 Lors de heurts entre le FIS et la police à Bachjerah, un partisan du FIS est tué et sept autres blessés. Les partisans du FIS voulaient éviter l'arrestation d'un iman. 27 personnes sont arrêtées.
- Depuis le 12.01.1992, plus de 30 imans et un nombre inconnu de chefs régionaux du FIS ont été arrêtés.
- 04.02.1992 A Batna se produisent des heurts violents entre forces de l'ordre et fondamentalistes musulmans. 13 personnes sont tuées et plus de 60 blessées.
- 05.02.1992 Interdiction d'une marche de protestation dans tout le pays, que le FIS voulait organiser le 14.02.1992 pour manifester contre le Haut Conseil d'Etat.
- 06.02.1992 Les troubles se poursuivent à Alger, Batna et Constantine.
- 07.02.1992 Après la prière du vendredi, des heurts se produisent entre fondamentalistes et forces de l'ordre dans différentes villes d'Algérie.
- 09.02.1992 Le siège principal du FIS à Alger est fermé et toutes les personnes présentes sont arrêtées.
- Le Haut Conseil d'Etat promulgue l'état d'urgence en Algérie pour une durée d'un an au moins.
- Une procédure est introduite auprès des tribunaux qui devront décider d'une interdiction du FIS.